

Aachener Nachrichten, 29. April 2013

Heiner Flassbeck: „Die Löhne sind viel zu niedrig“

Von: Joachim Zinsen

Letzte Aktualisierung: 29. April 2013, 12:17 Uhr



Hoch hinaus kommen viele Arbeitnehmer in Deutschland mit ihren derzeitigen Löhnen nicht. Foto: dpa

AACHEN. Höhere Löhne in Deutschland sind für Heiner Flassbeck nicht nur ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Er hält sie auch ökonomisch für erforderlich. Denn nur wenn in Deutschland die Lohnzurückhaltung aufgegeben wird, kann laut Flassbeck die Wirtschaft wieder stärker wachsen und die Eurozone gerettet werden. Ein Gespräch mit dem Wirtschaftswissenschaftler.

Stuttgarter Zeitung, 13. September 2013

Interview mit Südwestmetall-Chef Wolf

„Das Lohnniveau ist zu hoch“

Von Matthias Schiermeyer 13. September 2013 - 19:00 Uhr

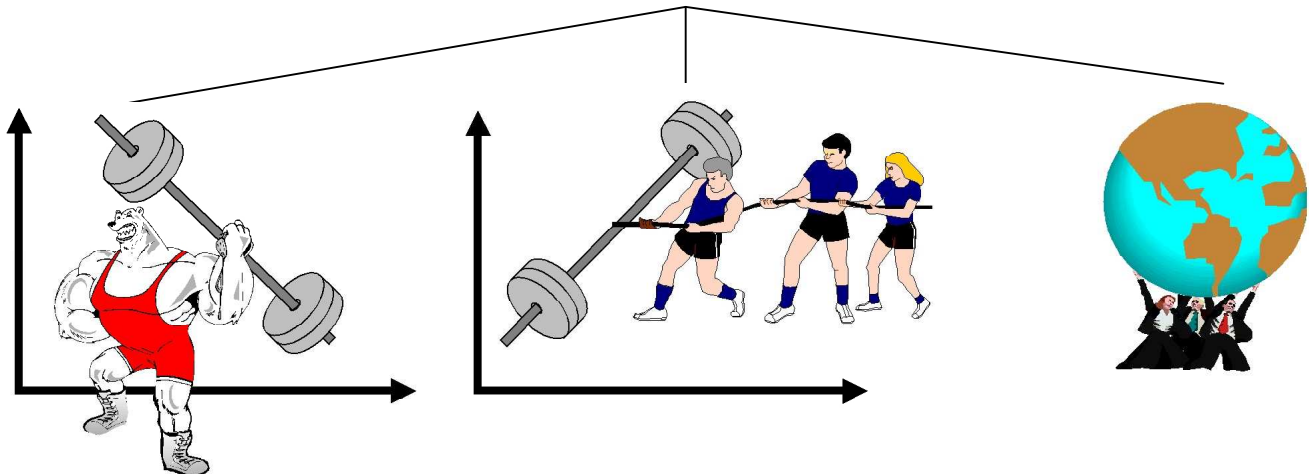
Exklusiv Südwestmetall-Chef Stefan Wolf verlangt niedrigere Löhne und will keine Zugeständnisse bei den Werkverträgen machen. Drastisch warnt er vor einer rot-grünen Bundesregierung.



Stefan Wolf, Chef der Metallarbeitergeber, drängt die IG Metall zu günstigeren Konditionen für Tätigkeiten, die nicht zum Kerngeschäft der Unternehmen, gehören.

Foto: Horst Rudel

Wirtschaftspolitische Grundkonzepte



Nachfrageorientierte Konzepte

Angebotsorientierte Konzepte

Strukturorientierte Konzepte

Grundannahme: Märkte sind instabil – der Staat muss die Instabilitäten ausgleichen.

Grundannahme: Märkte sind stabil – der Staat stört eher und sollte sich möglichst zurückhalten.

Grundannahme: Unbegrenzt Wachstum in einer begrenzten Welt ist unmöglich.

Maßnahmen:

Der Staat betreibt antizyklische Fiskalpolitik:

- bei schwacher Konjunktur senkt er Steuern und startet Konjunkturprogramme
- bei starker Konjunktur erhöht er Steuern und kürzt Staatsausgaben

Maßnahmen:

Der Staat fördert die Investitionstätigkeit der Unternehmen durch

- Steuersenkungen
- Liberalisierung von Märkten
- Deregulierung
- Privatisierung von Staatsbetrieben

Maßnahmen:

Der Staat strebt eine nachhaltige Wirtschaft an durch

- gezielte Förderung von Arbeit in nachhaltigen Unternehmen
- Internalisierung von Umweltkosten über Umweltsteuern
- Förderung nachhaltiger Bildung und Forschung

Probleme in der Praxis:

Führt oft zu hoher Staatsverschuldung, wenn die Politik (aus wahltaktischen Gründen) die Staatsausgaben nicht zurückfährt.

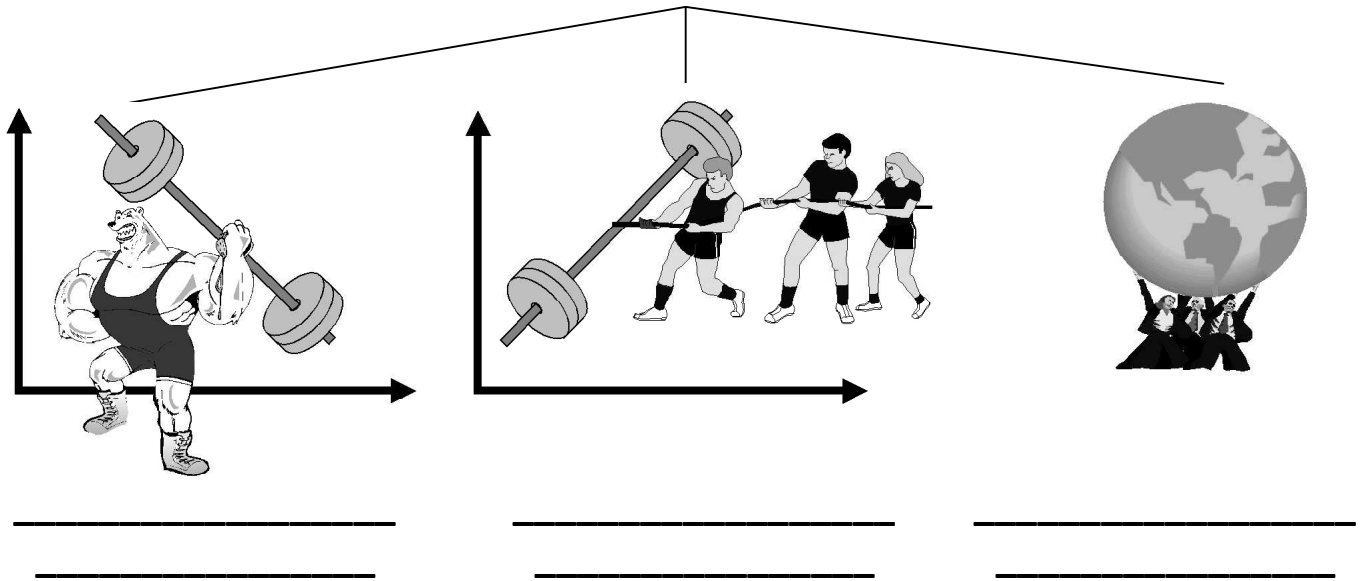
Probleme in der Praxis:

Führt dazu, dass die Kluft zwischen Arm und Reich meist größer wird. Außerdem mangelt es an Umweltschutzgesetzen.

Probleme in der Praxis:

Die Gesellschaft ist nicht bereit, das Wachstumsziel aufzugeben. Verbraucher und Unternehmen wehren sich gegen Erhöhung von Umweltsteuern.

Wirtschaftspolitische Grundkonzepte



Grundannahme:

Grundannahme:

Grundannahme:

Maßnahmen:

Maßnahmen:

Maßnahmen:

Probleme in der Praxis:

Probleme in der Praxis:

Probleme in der Praxis:

Nachfrageorientierte *Wirtschaftspolitik*

1929, am „Schwarzen Freitag“, begann mit dem New Yorker Börsencrash die größte *Weltwirtschaftskrise* der vergangenen einhundert Jahre (*"The Great Depression"*). Zunächst in den USA, dann auch in Europa machten Unternehmen reihenweise Pleite, Millionen von Arbeiter/innen und Angestellten verloren ihre Beschäftigung. Da Steuereinnahmen ausfielen, reagierte die Politik aller betroffenen Länder zunächst mit Sparmaßnahmen: Investitionsprogramme wurden gestrichen, Sozialleistungen gekürzt. Das verschärfte die Situation noch zusätzlich. In der Folgezeit radikalisierte sich die Bevölkerung zunehmend. In Deutschland nahm der Aufstieg der Nationalsozialisten um Adolf Hitler seinen verhängnisvollen Lauf.

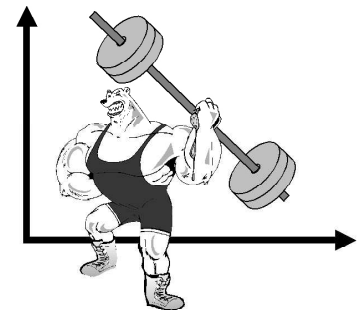


John Maynard Keynes
Foto: University of Texas

Der britische Ökonom *John Maynard Keynes* (1883-1946) zog aus den Vorgängen andere Schlüsse als die vorherrschende *neoklassische Wirtschaftswissenschaft*, an der sich die Politik bis dahin orientiert hatte. Er ging von der Grundannahme aus, dass Märkte in sich instabil sind, d. h. sie neigen immer wieder zu Wirtschaftskrisen. Als Ursache machte Keynes einen zu passiven Staat aus. Anstatt zu sparen empfahl er staatliche Investitionsprogramme, um das gesamtgesellschaftliche Produktionspotential auszuschöpfen. Er entwickelte das Konzept der „*antizyklischen Fiskalpolitik*“.

- In Phasen „schwacher Konjunktur“ (*Abschwung, Depression*) sollte der Staat durch staatliche Investitionsprogramme und Subventionen die Wirtschaft „ankurbeln“. Da Unternehmen, private Haushalte und das Ausland nicht genügend Nachfrage erzeugten, müsste der Staat diese Lücke füllen. Insbesondere durch Förderung der Bauwirtschaft und soziale Absicherung der Bürger/innen könnte die Gesellschaft sich wieder aus dem Konjunkturtief geführt werden. Außerdem sollte der Staat die Steuern senken (obwohl die Steuereinnahmen durch die schwache Konjunktur schon geringer ausfielen), damit die Unternehmen wieder mehr investieren und die Haushalte mehr konsumieren können. Die dabei auflaufende Staatsverschuldung galt als das kleinere Übel.
- In Phasen „starker Konjunktur“ (*Aufschwung, Boom*) sollte der Staat seine Ausgabenprogramme zurückfahren. Da Unternehmen, Haushalte und Ausland nun selbst wieder aktiver würden, könnte sich der Staat zurückziehen. Gleichzeitig beginnt er auch, die Steuern zu erhöhen (obwohl die Steuereinnahmen durch die stärkere Konjunktur ohnehin wachsen). Die Steuerüberschüsse sollten dazu verwendet werden, die Staatsverschuldung wieder zu reduzieren.

Die nachfrageorientierte (oder „*keynesianische*“) Wirtschaftspolitik feierte zunächst große Erfolge. In den USA befolgte US-Präsident Franklin D. Roosevelt die Ideen Keynes („*New Deal Politik*“) und überwand so die mehrere Jahre dauernde *Weltwirtschaftskrise*. Auch in Deutschland wirkte das Konzept bis in die 1970er Jahre sehr gut.

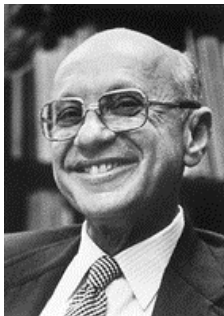


Spätestens dann zeigten sich aber auch Probleme in der Praxis. Die Idee, dass die Politik in Zeiten des *Aufschwungs* und des *Booms* die Steuern erhöhen würde, funktionierte nur auf dem Papier. Meist fielen die Steuererhöhungen recht schwach aus, weil die Politik den Verlust von Wählerstimmen fürchtete. Einmal eingeführte Subventionen ließen sich aus ähnlichen Gründen nur sehr schwierig wieder abschaffen. Daher stieg in fast allen westlichen Ländern die Staatsverschuldung immer weiter. Wissenschaftliche Kritiker/innen zogen die Wirkung der antizyklischen Fiskalpolitik in Zweifel und stellten die These des „*Crowding-Out-Effektes*“ auf. Und Sozialpolitiker beobachteten eine zunehmende Versorgungsmentalität der Bevölkerung, die sich auf staatlichen Leistungen ausruhte.

Angebotsorientierte *Wirtschaftspolitik*

1973 wurde das internationale *Bretton-Woods-Abkommen* abgeschafft. Es hatte für rund 25 Jahre ein System *fester Wechselkurse* aller westlichen Industrieländer mit dem Dollar als Leitwährung aufrecht erhalten. Im neuen System *flexibler Wechselkurse* waren die jeweiligen *Zentralbanken* nun allein verantwortlich für die Preisstabilität (die Inflation) in ihrem Währungsgebiet.

Im gleichen Jahr sorgte der erste Ölpreisschock nach dem arabisch-israelischen *Yom-Kippur-Krieg* für steigende Inflation bei schwacher Konjunktur. Die keynesianischen Maßnahmen versagten und die Staatsverschuldung kletterte in neue Rekordhöhen. Als 1979/80 der *Erste Golfkrieg* zum nächsten Ölpreisschock führte, schwenkten zunächst die USA und Großbritannien, danach viele andere westliche Industrieländer auf angebotsorientierte Wirtschaftskonzepte um.

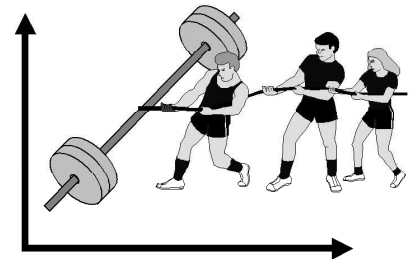


Milton Friedman
Foto: Nobel Media AB

Sie beriefen sich vor allem auf den österreichischen Wirtschaftswissenschaftler *Friedrich August von Hayek* (1899-1992). Seine Grundannahme war, dass Märkte an sich stabil sind, d. h. Angebot und Nachfrage sich immer wieder von alleine ins Gleichgewicht bringen – der Staat stört dabei nur. Die Gruppe der „*Monetaristen*“ um den amerikanischen Ökonom *Milton Friedman* (1912-2006) vertrat den Standpunkt, dass die Geldpolitik der Zentralbank zur Steuerung von Volkswirtschaften ausreicht. Dabei müsse die Zentralbank hauptsächlich auf die Preisstabilität achten, der alle anderen wirtschaftspolitischen Ziele unterzuordnen seien. Wichtig dabei sei, dass die Zentralbank unabhängig von der Politik agieren kann und sich nicht nach wahltaktischen Überlegungen der Parteipolitik richtet.

In der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik beschränkt sich der Staat auf ein Minimum an Aktivität und reduziert seinen Einfluss. Von Hajek und Friedman empfohlen daher Maßnahmen, die in den darauf folgenden 30 Jahren in fast allen westlichen Industrieländern schrittweise umgesetzt wurden:

- Steuersenkungen für Unternehmen, um ihre Investitionsbereitschaft und die Wettbewerbsfähigkeit auf globalen Märkten zu erhöhen
- *Liberalisierung* von Märkten, d. h. die Abschaffung von Zöllen und anderen Handelshemmnissen, ab 1995 unter der Aufsicht der WTO (*World Trade Organisation*). In der EU wurde der *Europäische Binnenmarkt* geschaffen.
- *Privatisierung* von bisherigen Staatsbetrieben (z. B. Bahn, Post und Telekommunikation, teils auch von kommunalen Wasser- und Verkehrsbetrieben, Krankenhäusern, Gefängnissen und Sicherheitsdiensten)
- *Deregulierung*, d. h. Abschaffung von bürokratischen Hürden für Investitionen
- *Stärkung des Subsidiaritätsprinzips* und *Förderung von Eigeninitiative*, d. h. das Sozialsystem wurde abgebaut, damit der/die Einzelne wieder mehr Engagement zeigt.



Die angebotsorientierte („*monetaristische*“) Wirtschaftspolitik schuf die Bedingungen für die Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte und konnte das Wirtschaftswachstum kontinuierlich fortsetzen. Allerdings sah sie sich von Anfang an gesellschaftlichem Protesten ausgesetzt, die ihre Kritik am „*Neoliberalismus*“ durch neue Probleme bestätigt sahen: Denn dass der Rückzug des Staates für die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich verantwortlich ist, gilt als ebenso ausgemacht, wie die Beobachtung, dass ein Staat, der den Märkten zu viel Spielraum lässt, auch keine wirksame Umwelt- und Klimapolitik betreiben kann. Schließlich kam es – nicht zuletzt durch mangelnde Regulierung – auch zu neuen ökonomischen Krisen: Zunächst regional begrenzt (Mexiko, Südostasien und Russland in den 1990er Jahren), dann an den internationalen Börsen das Platzen der *Internet-Blase* im Jahr 2000 und 2008/09 die *Weltfinanzkrise*, die in Europa die *Euro-Krise* nach sich zog.

Strukturorientierte *Wirtschaftspolitik*

So sehr sich angebotsorientierte und der nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik auch über die Mittel streiten, in einem sind sie sich einig: sie wollen insbesondere das Wirtschaftswachstum „ankurbeln“.

Der Nachteil der Wachstumspolitik ist allerdings seine fehlende Nachhaltigkeit. Dass Wachstumspolitik den Menschen und die Natur zunehmend erschöpfen, ist allerdings keine ganz neue Erkenntnis. Bereits



Herman Daly
Foto: www.eumed.net

1972 erregte die Studie zu den „*Grenzen des Wachstums*“ weltweites Aufsehen: Zum ersten Mal wurde das gesellschaftliche Ziel des Wirtschaftswachstums in Frage gestellt. Es entwickelten sich neue wissenschaftliche Richtungen, die Umweltökonomie und die ökologische Ökonomik. Die Grundannahme von Ökonomen wie *Herman Daly* (*1938) ist, dass unbegrenzt Wirtschaftswachstum in einer begrenzten Welt unmöglich ist. Nur wenn sich das BIP vom Ressourcenverbrauch „*entkoppeln*“ ließe, liefen wir nicht auf eine Ressourcenerschöpfung zu. Damit sei im gegenwärtigen Wirtschaftssystem aber nicht zu rechnen. Daher sind umfangreiche strukturelle Änderungen nötig, die anstelle von Wachstum im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik stehen müssten:

- Gezielte Förderung von energie- und ressourceneffizienten Produktionsverfahren
- Aufbau einer erneuerbaren Energieversorgung
- Entwicklung von umweltfreundlichen Verkehrssystemen
- Aufbau einer Kreislaufwirtschaft, in der Ressourcen zunehmend in Kreisläufen verwendet werden oder unbedenklich in die Natur zurückgeführt werden können („Cradle-to-Cradle®“)
- Internalisierung von Umweltkosten mit Hilfe von Umweltsteuern, gleichzeitige Entlastung von Arbeitskräften von Steuern und Abgaben, speziell z. B. von Reparaturdienstleistungen
- Umstellung der Beschaffung unter Berücksichtigung von Fairtrade-Kriterien
- Förderung von Bildung und Forschung zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft

Zwar gibt es in allen diesen Bereichen schon seit geraumer Zeit gewisse Aktivitäten. Auf Grund der wachsenden Weltbevölkerung und der Tatsache, dass immer mehr Länder die ressourcenintensive Wirtschaftsweise der westlichen Industrieländer übernehmen, müssten diese Anstrengungen aber dringend intensiviert werden. Dabei sind sich die Ökonomen uneins, ob es in einem solchen System noch Wirtschaftswachstum gibt. Vertreter/innen des sogenannten „grünen“ oder „nachhaltigen Wachstums“ („*Green Growth*“) erwarten, dass auch bei Umstellung der Wirtschaftsweise im obigen Sinne noch eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) möglich ist. Dagegen argumentieren *Postwachstumsökonom*en wie der deutsche Wirtschaftsprofessor Niko Paech, dass das Streben nach Wachstum selbst schädlich ist und in einer nachhaltigen Wirtschaft auch keine Steigerung des BIP mehr möglich ist.



Im Gegensatz zu den früheren Konzepten der Nachfrage- oder Angebotsorientierung hat die Wissenschaft noch keinen anerkannten Oberbegriff für nachhaltige Wirtschaftskonzepte gefunden. Da sie aber weniger auf die kurzfristige Konjunktur, sondern mehr auf die langfristige Struktur der Wirtschaft abzielen, wäre der Begriff „strukturorientierte Wirtschaftspolitik“ hier gut geeignet.

In der Praxis haben sich strukturorientierte Konzepte bisher nicht entscheidend durchgesetzt. Das könnte zum einen daran liegen, dass sich ihre positiven Folgen teilweise erst nach mehreren Jahren einstellen. Da die Börsen, Politiker-, aber auch Wähler/innen oft eher an kurzfristigen Erfolgsmeldungen interessiert sind, wie sie z. B. Konjunkturforschungsinstitute anbieten, ist die Unterstützung strukturorientierter Konzepte bisher nicht so groß – zumal ihre Erfolge im Gegensatz zum BIP auch nicht so gut messbar sind. Gegenwind kommt außerdem von Vermögensbesitzern, die bei einer stärkeren Besteuerung von Ressourcen und Kapital mehr belastet würden. Und schließlich gehen immer noch viele Bürger/innen auf die Barrikaden, sobald die Rede von neuen Umweltsteuern ist.

Staatsverschuldung:

Wenn der Staat durch Konjunkturprogramme in „schlechter“ Konjunktur die Wirtschaft durch Staatsaufträge zu stützen versucht, muss er in der Regel Schulden bei Kapitaleignern aufnehmen. Die Staatsverschuldung kann aber auf Kosten der Kreditwürdigkeit am Kapitalmarkt gehen (laut Maastricht-Vertrag, wenn die Staatsverschuldung 60% des BIP überschreitet). Wenn das passiert, steigen die Zinsen, die er für neue Kredite zahlen muss. Die Zinsen belasten dann künftige Staatshaushalte und führen zum Sparzwang. Bei künftigen Krisen kann der Staat dann schlechter für eine Belebung der Konjunktur sorgen. – Nach der Idee der antizyklischen Fiskalpolitik sollte der Staat in guter Konjunktur auch sparen und Schulden abbauen.

Fiskalpolitik:

Der Begriff kommt von fiscus (lat. für Geldkorb, Staatskasse). Fiskalpolitik betrifft die Einnahmen und Ausgaben des Staates, wie er sie im Staatshaushalt für ein Jahr plant. Auf der Einnahmenseite stehen Steuern, Gebühren und Abgaben, auf der Ausgabenseite stehen alle Ausgaben zur Finanzierung von Staatsaufgaben (Bildung, Infrastruktur, Militär, Wissenschaftsförderung und allgemeine Wirtschaftspolitik).

antizyklisch:

Antizyklisches Verhalten bedeutet „gegenläufiges“ Verhalten. Im Falle der Konjunktur soll der Staat sich antizyklisch verhalten. Wenn ein Boom herrscht, d.h. Unternehmen und private Haushalte viel Geld ausgeben, soll der Staat dies gerade nicht tun und stattdessen die Einnahmen erhöhen. Bei Rezession oder Depression genau umgekehrt.



Produktionspotential:

Darunter versteht man die Gesamtheit aller vorhandenen Produktionsfaktoren einer Volkswirtschaft, d.h. alle Produktionsgebäude, -anlagen, Arbeitskräfte und natürlichen Ressourcen. Das Produktionspotential ist für den Moment fest vorgegeben, kann aber durch gezielte Investitionen für die Zukunft ausgebaut werden.

Gesamtwirtschaftliche Nachfrage:

Darunter versteht man die Gesamtheit die Güternachfrage aller volkswirtschaftlichen Wirtschaftssubjekte (Unternehmen, private Haushalte, Staat, Ausland). Im Bruttoinlandsprodukt wird diese rechnerisch zusammengefasst. Darum gilt das BIP auch als Hauptindikator für die Konjunktur.

„Crowding-out“:

In der Wissenschaft spricht man von der Verdrängung des privaten Sektors durch den Staat, wenn der Staat starke Wirtschaftsaktivitäten entfacht (z.B. durch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme). Dann steigen die Kreditzinsen für alle Wirtschaftssubjekte, so dass es für Unternehmen und private Haushalte teurer wird, sich Kredite zu beschaffen. Das könnte dazu führen, dass der Staat durch seine Ausgaben Investitionen der Privatwirtschaft verteuert und ggf. sogar unterbindet. Da der Privatwirtschaft aber eine höhere Wirtschaftlichkeit seiner Investitionsentscheidungen unterstellt wird, könnte die Wirtschaftskraft insgesamt darunter leiden, wenn der Staat die falschen Entscheidungen trifft.

Diese Ansicht ist unter Wirtschaftswissenschaftlern umstritten. Es hängt vor allem davon ab, wie stark ein Wissenschaftler einer freien oder sozialen Marktwirtschaft befürwortet.

Zeitliche Verzögerung:

In der Wissenschaft befürchtet man eine Verstärkung der Konjunkturphasen nach oben oder unten, wenn der Staat Konjunkturprogramme auflegt. Dies wäre vor allem dann der Fall, wenn der Staat zu lange braucht, um auf die Konjunkturphase zu reagieren. Z.B. könnte er in der Depression Konjunkturprogramme beschließen. Bis die danach folgenden Staatsaufträge die Konjunktur wieder beleben, könnte aber bereits wieder ein Aufschwung herrschen. Da der Staat aber die Kreditzinsen erhöht, könnte es sein, dass die Zinsen steigen, wenn die Unternehmen wegen des Aufschwungs wieder selber investieren wollen. Dann „würgt“ der Staat den Aufschwung ab.

Kritiker von Konjunkturprogrammen empfehlen daher, dass der Staat sich wirtschaftspolitisch nicht nach der Konjunktur richtet. Sie bevorzugen daher zumeist die „angebotsorientierte“ Wirtschaftspolitik.

Versorgungsmentalität der Haushalte:

Wenn der Staat aus sozialpolitischen oder wirtschaftspolitischen Gründen durch Transferzahlungen (Sozialleistungen etc.) die privaten Haushalte unterstützt (auch um auf diesem Wege deren Kaufkraft zu erhöhen), machen es sich manche Menschen bequem und versuchen nicht mehr, eine Arbeitsstelle zu finden oder sich fortzubilden. Diese Kritik unterstellt, dass jeder Mensch seines eigenen Glückes Schmied ist und jeder bei entsprechender Flexibilität eine Stelle finden kann.

Diese Ansicht ist unter Wirtschaftswissenschaftlern stark umstritten, denn Vollbeschäftigung hat es seit rund 50 Jahren nicht mehr gegeben.

Gefährdung der Preisstabilität:

Im Boom steigen allgemein die Löhne, die Unternehmensgewinne und damit die Preise. Jeder will vom „wachsenden Kuchen“ der Volkswirtschaft noch mehr abhaben. Auch die Kreditzinsen steigen, da die Unternehmen sehr optimistisch sind und viele Investitionen tätigen. Wenn der Staat (vor allem bei verzögerter Wirksamkeit von Konjunkturprogrammen) noch zusätzlich durch seine eigene Staatsaufträge die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit die Preise steigert, kann es zur verstärkter Inflation (Geldentwertung) kommen.

Diese Ansicht ist unter Wirtschaftswissenschaftlern stark umstritten. Denn die Zentralbank kann durch ihre Leitzinsen ihrerseits die Zinsen steuern. Insbesondere die Inflation kann durch Erhöhung der Inflation relativ leicht bekämpft werden.

Störung des Gleichgewichts:

Angebotsorientierte Wirtschaftspolitik geht davon aus, dass sich auf freien Märkten immer ein optimales Marktgleichgewicht bildet (Angebot und Nachfrage ermitteln den Gleichgewichtspreis). Märkte werden als dem Staat überlegen betrachtet. Wenn der Staat auf dem Markt als Nachfrager (nach Gütern) oder Anbieter (von Gütern) auftritt, wird eine Störung des Marktgleichgewichts befürchtet. In der Tradition von Adam Smith hat der/die Einzelne eine viel bessere Vorstellung von Wirtschaft, daher sollte der Staat sich auf den Märkten nach Möglichkeit heraushalten und daher auch im Falle von schlechter Konjunktur nicht eingreifen, bis sich die Märkte von alleine ausgeglichen haben.

Deregulierung:

Deregulierung ist das Gegenteil von Regulierung durch Gesetze und staatliche Regeln. Da der Staat durch diese die freie Wirtschaftsentscheidung von Unternehmen eindämmt, sollte der Staat Gesetze und Regeln abbauen und ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit ermöglichen (der Volksmund spricht auch von Bürokratieabbau). Der Staat könnte z.B. den Kündigungsschutz abbauen, Umweltgesetze abschaffen und Unternehmenszusammenschlüsse erleichtern. Diese Position ist unter Wirtschaftswissenschaftlern stark umstritten. Denn Arbeits-, Sozial-, Wettbewerbs- und Umweltgesetze haben oft ihren eigenen Sinn.

Privatisierung:

Die Soziale Marktwirtschaft wurde als Mischform zwischen freier Marktwirtschaft und staatlicher Zentralverwaltungswirtschaft begründet. Darin sind auch Bereiche angedacht, in der der Staat z.B. als Anbieter von Gütern und Leistungen auftritt (vor allem bei der lebensnotwendigen Versorgung mit Existenzgütern wie z.B. Wasser, Müllentsorgung). Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ist aber skeptisch, was solche Staatsbetriebe betrifft und stellt oftmals Unwirtschaftlichkeit fest. Daher wurden in den letzten 20 Jahren zahlreiche ehemalige Staatsunternehmen privatisiert (Deutsche Post, Deutsche Bahn, zahlreiche Stadtwerke). Seither ist es für jeden Bürger möglich, Aktienanteile an der Post oder der Bahn zu kaufen. Die Privatisierung ist umstritten. In manchen Unternehmen hat sich der Service verbessert, teilweise sind die Preise gesunken, teilweise ist aber auch das Gegenteil geschehen.

Steuersenkung:

Wenn der Staat allgemein die Steuern senkt, bleibt den privaten Haushalten und den Unternehmen mehr Netto übrig, das sie konsumieren oder investieren können. Daher empfiehlt die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik immer die Steuersenkung.

Diese Position ist unter Wirtschaftswissenschaftlern umstritten. Denn ob Haushalte wirklich mehr ausgeben und Unternehmen mehr investieren, hängt auch sehr stark von ihren Zukunftserwartungen ab. In den letzten Jahren wurde freies Einkommen oft nicht in Wirtschaftsunternehmen investiert, sondern in die Spekulation an Finanzmärkten. Dabei entstanden „Spekulationsblasen“, die zur Finanzkrise führten.

Stärkung des Subsidiaritätsprinzips:

Nach Adam Smith weiß der/die Einzelne besser, was gut für ihn/sie ist als der Staat. Damit hängt das Subsidiaritätsprinzip zusammen: Jede politische Entscheidung sollte auf möglichst niedriger Ebene getroffen werden. Auf der Bundesebene sollten also nur Regeln aufgestellt werden, die absolut notwendig dort getroffen werden sollten (z.B. einheitliche Verkehrsregeln). Die Polizei ist jedoch auf Länderebene angesiedelt, weil eine Organisation auf Bundesebene keine Vorteile bringt und die Länder näher am Menschen sind. Die Müllentsorgung ist aus den gleichen Gründen auf kommunaler Ebene organisiert. Eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips bedeutet, dass Gesetze überprüft werden, ob sie wirklich für alle Bundesbürger gelten müssen oder ob es nicht um Dinge geht, die die Länder oder Kommunen auch selber regeln können.

Verminderung der Staatsausgaben:

In der Wissenschaft spricht man von der Verdrängung („Crowding-out“) des privaten Sektors durch den Staat, wenn der Staat starke Wirtschaftsaktivitäten entfacht (z.B. durch schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme). Dann steigen die Kreditzinsen für alle Wirtschaftssubjekte, so dass es für Unternehmen und private Haushalte teurer wird, sich Kredite zu beschaffen. Das könnte dazu führen, dass der Staat durch seine Ausgaben Investitionen der Privatwirtschaft verteuert und ggf. sogar unterbindet. Da der Privatwirtschaft aber eine höhere Wirtschaftlichkeit seiner Investitionsentscheidungen unterstellt wird, könnte die Wirtschaftskraft insgesamt darunter leiden, wenn der Staat die falschen Entscheidungen trifft.

Diese Ansicht ist unter Wirtschaftswissenschaftlern umstritten. Es hängt vor allem davon ab, wie stark man eine freien oder soziale Marktwirtschaft befürwortet.

Beseitigung von Investitionshemmnissen:

Die Marktwirtschaft lebt von den Investitionen der Unternehmen. Nach angebotsorientierter Theorie wissen sie am besten, was die Nachfrager wollen und werden entsprechende Investitionsentscheidungen treffen. Daher sollte der Staat ein Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit gewähren. Darum werden in der Angebotsorientierung Steuersenkungen befürwortet, so dass die Unternehmen mehr Gewinne haben und mehr investieren können. Auch gesetzliche Regelungen werden als Hemmnis gesehen, so dass der Staat hier wenig vorgeben sollte („Bürokratieabbau“).

Eigeninitiative fördern:

Da in der Tradition dem/der Einzelnen mehr Kompetenz zugetraut wird als dem Staat, das Beste für sich zu erreichen, sollte der/die Einzelne ein Maximum an wirtschaftlicher Freiheit bekommen. Nach der Idee der „unsichtbaren Hand“ wird dadurch auch das Beste für die gesamte Gesellschaft bewirkt. Darum sollte staatliches Handeln dazu dienen, die Eigeninitiative, d.h. die Motivation für sich selber zu sorgen, zu stärken. Das geschieht einmal durch Anreize, sich fortzubilden, z.B. durch Streichung von Sozialleistungen, die eine „Versorgungsmentalität“ der Bürger/innen, oder durch Anreize zur privaten Vorsorge für das Alter.

Ein Problem ist, dass der/die Einzelne von der Komplexität des Lebens heute oft überfordert ist. Private Vorsorge kann sich auch nicht jeder leisten.

Entkopplung:

Entkopplung bedeutet, dass der Ressourcenverbrauch durch das Wirtschaften nicht mehr zunimmt, obwohl die Wirtschaftsleistung wächst. Zu unterscheiden ist die „relative“ und „absolute“ Entkopplung. Von „relativer Entkopplung“ spricht man bereits, wenn der Ressourcenverbrauch der Herstellung eines Gutes abnimmt. Dies ist in den vergangenen Jahrzehnten bei sehr vielen Produkten gelungen. Eine „absolute Entkopplung“ ist jedoch nicht zu beobachten, denn obwohl die Produktion seit Jahren ressourceneffizienter wird, wächst weltweit gesehen der Gesamt-Ressourcenverbrauch. Das hat erstens damit zu tun, dass ressourcenintensive oder energieintensive Produktionen inzwischen in anderen Ländern stattfinden. Zwar ist der Energieverbrauch in Deutschland in den letzten Jahren tatsächlich rückläufig (bei steigendem BIP), aber weltweit gesehen nimmt der Energieverbrauch weiter zu. Zweitens führen Rebound-Effekte dazu, dass Ressourcenersparnis an einer Stelle zu einem Mehrverbrauch an anderer Stelle führen kann.

„Rebound-Effekte“:

Wenn die Effizienz von Geräten gesteigert wird (Steigerung von Energie- und Ressourceneffizienz), so führt das nicht automatisch zu Einsparung von Energie und Ressourcen. Der VW-Käfer 1955 hatte 30 PS, fuhr 110 km schnell und verbrauchte auf 100km 7,5 Liter. Der VW New Beetle 2005 hat 75 PS, fährt 160 km schnell und verbrauchte 7,1 Liter – wog aber mit 1200 kg fast doppelt so viel wie der VW Käfer 1995 (730 kg). D. h. die Energieeinsparung wurde kaum in den Minderverbrauch gesteckt, sondern in mehr Leistung.

Außerdem führt Ressourcenersparnis auch dazu, dass die Ressourcen an anderer Stelle eingesetzt werden können – z. B. in Schwellenländern. Unter Gerechtigkeitsaspekten ist das zu begrüßen. Aus ökologischen Gründen haben Rebound-Effekte aber dazu, dass die Umweltprobleme bleiben.

Internalisierung von Umweltkosten:

Die Umweltökonomie spricht von „externen Kosten“, die dann entstehen, wenn Umweltschäden nicht vom Verursacher gezahlt werden, sondern von unbeteiligten Dritten. Wenn ein Unternehmen Abwässer ungeklärt in einen Fluss ablässt, um Kosten zu sparen, so verursacht es „externe Kosten“. Denn flussabwärts müssen Kommunen nun das Wasser reinigen, bevor sie es ins Trinkwassersystem lassen. Tun sie das nicht, so trinken unbeteiligte Menschen verunreinigtes Wasser und haben danach Krankheitskosten zu tragen. Durch die Internalisierung der Kosten (z. B. durch gesetzlichen Zwang zur Klärung von Industrieabwässern) werden sie von ihrem Verursacher übernommen und tauchen auch als Kosten in der Produktkalkulation auf. Zu diesem Zweck werden Steuern und Abgaben auf Umweltverbrauch erhoben. Eine CO₂-Steuer könnte z. B. dazu beitragen, dass alle Verursacher des Klimawandels auch bei der Finanzierung der Klimaschutzmaßnahmen beteiligt werden.

„Cradle-to-Cradle® (C2C)“:

Der deutsche Chemiker Michael Braungart ist weltweit anerkannt als Entwickler des Cradle-to-Cradle-Systems (von der Wiege zur Wiege). Er hat sich diesen Begriff schützen lassen und nimmt inzwischen auch eigene Zertifizierungen von Unternehmen vor. Im Gegensatz zum herkömmlichen Industriesystem („Cradle-to-Grave“, von der Wiege ins Grab), das in erster Linie Wegwerfprodukte herstellt, legt das C2C-System Wert auf eine Kreislaufwirtschaft, die über zwei getrennte Kreisläufe verfügt. Produkte sind danach so konstruiert, dass sie restlos wiederverwertet werden können: Entweder können ihre Bestandteile ohne Bedenken zurück in die Natur gegeben werden und werden dort von natürlichen Organismen abgebaut. Oder die Produktbestandteile können über Recycling-Systeme zu neuen Industrierohstoffen werden, die für neue Produkte wiederverwertet werden können.

Energie- und Ressourceneffizienz:

Mit der Steigerung von Energie- bzw. Ressourceneffizienz ist gemeint, dass die gleichen Produkte mit geringerem Energie- bzw. Ressourcenaufwand hergestellt werden. Viele Unternehmen engagieren sich bereits in dieser Richtung – auch weil die Ersparnis sich oftmals in Kostenersparnis niederschlägt. Allerdings ist die Kostenersparnis nicht immer möglich, wenn Energie- und Ressourceneffizienz gesteigert werden sollen. Bisweilen geht deren Steigerung auch mit höheren Kosten einher, etwa wenn neue Maschinen angeschafft werden müssen oder ein anderes Material eingesetzt wird.

Wirtschaftspolitische Konzepte

Ökonomen sind keine Menschen. Es sind Monetaristen, Keynesianer und Postwachstumsökonom. Wer sagt was?



Die Löhne müssen fallen, damit die Unternehmen international konkurrenzfähiger werden.

Arbeitslosigkeit entsteht, weil billige Energie und ein Überfluss an Kapital menschliche Arbeit überflüssig macht.

Wir brauchen 2% Wachstum, um die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Steuerentlastungen für Geringverdiener stärken die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit das Wachstum und damit die Beschäftigung.

Die Politik sollte Anreize setzen, dass sich die *Ressourcen*-Produktivität erhöht statt der *Arbeits*-Produktivität.



Die Arbeitsmärkte sollten dereguliert werden. Mindestlöhne und Kündigungsschutz verhindern reibungsloses Funktionieren der Arbeitsmärkte.

Der Staat sollte gezielte Wirtschaftsförderung betreiben, dabei vor allem nachhaltige Industrien, Biolandbau bevorzugen.

Mindestlöhne und Kündigungsschutz erhöhen das Sicherheitsgefühl der Menschen und ihre Bereitschaft zum Konsum.

Arbeitslosigkeit entsteht, wenn die Nachfrage nicht ausreicht, vor allem der private Konsum.

Die Zentralbank sollte Inflation in Kauf nehmen, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die reale Lohnsteigerung muss sich am Zuwachs der (Arbeits-)Produktivität orientieren.

Verbessert sich die Kostensituation der Unternehmen, entsteht mehr Wachstum und damit mehr Beschäftigung.

Arbeitslosigkeit entsteht, wenn die Unternehmen nicht ausreichend investieren.

Statt Lohnsenkung führt auch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu einer verbesserten Kostensituation der Unternehmen.

Die Arbeitskosten müssen reduziert werden, stattdessen müssen Energie- und Transportkosten steigen.



Ökosteuern internalisieren externe Kosten und machen Jobs in der Instandhaltung rentabel.

Die Energiekosten dürfen nicht steigen, weil sich dadurch die Wettbewerbssituation der Unternehmen international verschlechtert.

Um das Arbeitsvolumen und Einkommen gerechter zu verteilen, brauchen wir Arbeitszeitverkürzung.

Wenn die private Nachfrage nicht ausreicht, muss der Staat das Wachstum ankurbeln, ggf. auch durch Verschuldung.

Der Staat sollte die Wirtschaft den Selbstheilungskräften des Marktes überlassen. Es reicht, einen gewissen Rahmen zu setzen.

In einer Dienstleistungsgesellschaft gibt es ausreichend Jobs in Pflege, Service, Bildung. Sie sind aber nur finanzierbar, wenn die Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Es ist Sache der Zentralbank, auf Geldwertstabilität zu achten. Der Staat hält sich da raus.

Der Markt darf nicht sich selber überlassen werden. Der Staat muss steuernd eingreifen.

Wirtschaftspolitische Konzepte

Ökonomen sind keine Menschen. Es sind Monetaristen, Keynesianer und Postwachstumsökonom. Wer sagt was?



Die Löhne müssen fallen, damit die Unternehmen international konkurrenzfähiger werden.

Arbeitslosigkeit entsteht, weil billige Energie und ein Überfluss an Kapital menschliche Arbeit überflüssig macht.

Wir brauchen 2% Wachstum, um die Arbeitslosigkeit abzubauen.

Steuerentlastungen für Geringverdiener stärken die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit das Wachstum und damit die Beschäftigung.

Die Politik sollte Anreize setzen, dass sich die *Ressourcen-Produktivität* erhöht statt der *Arbeits-Produktivität*.



Die Arbeitsmärkte sollten dereguliert werden. Mindestlöhne und Kündigungsschutz verhindern reibungsloses Funktionieren der Arbeitsmärkte.

Der Staat sollte gezielte Wirtschaftsförderung betreiben, dabei vor allem nachhaltige Industrien, Biolandbau bevorzugen.

Mindestlöhne und Kündigungsschutz erhöhen das Sicherheitsgefühl der Menschen und ihre Bereitschaft zum Konsum.

Arbeitslosigkeit entsteht, wenn die Nachfrage nicht ausreicht, vor allem der private Konsum.

Die Zentralbank sollte Inflation in Kauf nehmen, wenn dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die reale Lohnsteigerung muss sich am Zuwachs der (Arbeits-)Produktivität orientieren.

Verbessert sich die Kostensituation der Unternehmen, entsteht mehr Wachstum und damit mehr Beschäftigung.

Arbeitslosigkeit entsteht, wenn die Unternehmen nicht ausreichend investieren.

Statt Lohnsenkung führt auch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu einer verbesserten Kostensituation der Unternehmen.

Die Arbeitskosten müssen reduziert werden, stattdessen müssen Energie- und Transportkosten steigen.



Ökosteuern internalisieren externe Kosten und machen Jobs in der Instandhaltung rentabel.

Die Energiekosten dürfen nicht steigen, weil sich dadurch die Wettbewerbssituation der Unternehmen international verschlechtert.

Um das Arbeitsvolumen und Einkommen gerechter zu verteilen, brauchen wir Arbeitszeitverkürzung.

Wenn die private Nachfrage nicht ausreicht, muss der Staat das Wachstum ankurbeln, ggf. auch durch Verschuldung.

Der Staat sollte die Wirtschaft den Selbstheilungskräften des Marktes überlassen. Es reicht, einen gewissen Rahmen zu setzen.

In einer Dienstleistungsgesellschaft gibt es ausreichend Jobs in Pflege, Service, Bildung. Sie sind aber nur finanzierbar, wenn die Lohnnebenkosten gesenkt werden.

Es ist Sache der Zentralbank, auf Geldwertstabilität zu achten. Der Staat hält sich da raus.

Der Markt darf nicht sich selber überlassen werden. Der Staat muss steuernd eingreifen.

Hinweise für Lehrpersonen:

Die vorliegenden Unterrichtsmaterialien integrieren die nachhaltige/strukturorientierte Sichtweise in das Unterrichtsthema Wirtschaftspolitik. Sie orientieren sich am Niveau der Fachhochschulreife, können aber auch in Gymnasialklassen eingesetzt werden. Herkömmliche Lehrbücher aller einschlägigen Bildungsgänge behandeln hier üblicherweise ausschließlich die wachstumsorientierten Wirtschaftskonzepte der Nachfrage- und Angebotsorientierung. Wenn auf die Grenzen des Wachstums eingegangen wird, dann geschieht dies – wenn überhaupt – an anderer Stelle. Um nachhaltige Alternativen zur Wachstumspolitik aufzuzeigen, sollten diese Konzepte aber parallel behandelt und diskutiert werden.

Eingangsfolien:

Aachener Nachrichten, 29. April 2013

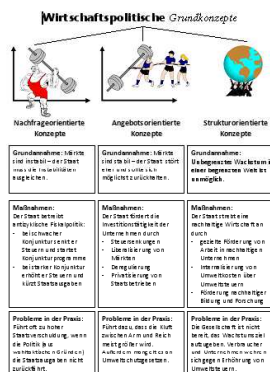
Heiner Flassbeck: „Die Löhne sind viel zu niedrig“



Höhere Löhne in Deutschland sind für Heiner Flassbeck nicht nur ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Er hält sie auch ökonomisch für erforderlich. Denn nur wenn in Deutschland die Lohnzurückhaltung aufgehoben wird, kann laut Flassbeck die Wirtschaft wieder stärker wachsen und die Eurozone gerettet werden. Ein Gespräch mit dem Wirtschaftswissenschaftler.

Der Unterrichtseinstieg erfolgt über zwei Meldungen der Wirtschaftspresse aus dem Jahr 2013. Innerhalb weniger Monate argumentieren der Wirtschaftswissenschaftler Heiner Flassbeck und der Südwestmetall-Vorsitzende Stefan Wolf offensichtlich diametral gegensätzlich. Die SuS werden unter Umständen darauf kommen, dass der Arbeitgebervertreter parteiisch ist. Aber auch unter Wirtschaftswissenschaftlern gibt es eine Art „Parteilichkeit“, denn Heiner Flassbeck, Ende der 90er Jahre ehemaliger Staatssekretär im Bundesfinanzministerium unter Oskar Lafontaine, gilt aus ausgewiesener Keynesianer. Beide Vertreter argumentieren stimmig – wenn man ihre wirtschaftspolitischen Grundkonzepte kennt. Heiner Flassbeck argumentiert nachfrageorientiert, Stefan Wolf Angebotsorientiert. Wer von beiden Recht hat, liegt im Auge des Betrachters.

„HOT“-Folie „Wirtschaftspolitische Grundkonzepte“



Die den „HOT“-Unterrichtsmagazin“ nachempfundene Übersicht zeigt die drei in der Unterrichtseinheit behandelten wirtschaftspolitischen Konzepte im Überblick. Die SuS können die Folie selbstständig ausfüllen, indem sie die Infoblätter zu den drei Konzepten lesen. Die symbolischen Grafiken spielen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfragekurve, die gesamtwirtschaftliche Angebotskurve an, die durch die Wirtschaftspolitik nach rechts verschoben werden sollen. Assoziativ stemmen in der strukturorientierten Wirtschaftspolitik Unternehmer- und Politiker/innen die Weltkugel, weil es bei dieser Konzeption nicht um die Ausweitung der Produktionsleistung geht, sondern um Erhalt der Erde.

Die „HOT“-Übersichtsdarstellung kann auch zur Wiederholung nach dem Durcharbeiten der Infoblätter und des Glossars dienen.

Infoblätter

Nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik

1929 im „Schönen Freitag“ begonnen, dauerte die große Weltwirtschaftskrise bis 1933 an. In Deutschland wurde die Wirtschaft durch den New Deal in den USA, durch den Roosevelt die Wirtschaftspolitik umkehrte, wieder belebt. In Deutschland wurde die Wirtschaft durch den New Deal in den USA, durch den Roosevelt die Wirtschaftspolitik umkehrte, wieder belebt. In Deutschland wurde die Wirtschaft durch den New Deal in den USA, durch den Roosevelt die Wirtschaftspolitik umkehrte, wieder belebt.

Für die drei betrachteten Grundkonzepte gibt es jeweils ein Infoblatt, das wirtschaftshistorisch einsteigt und wirtschaftstheoretische Grundlagen legt. Nach den jeweilig empfohlenen Maßnahmen verdeutlichen die Infoblätter die Problematik jeder Wirtschaftspolitik in der praktischen Umsetzung. Die Struktur der Infoblätter entspricht damit der obigen „HOT“-Übersicht, weshalb sich beide Materialien leicht verbinden lassen. Die verwendeten Symbolgrafiken erklären, in welcher Reihenfolge die Konzepte auf in die Übersicht einzutragen sind.

Falls es der Bildungsplan und die Zeit zulassen, empfiehlt sich didaktisch an dieser Stelle ggf. eine alternative Herangehensweise. Anstatt alle drei Konzepte gleichzeitig erarbeiten zu lassen, kann die Lehrperson auch

zunächst eine einfache Gegenüberstellung lediglich der nachfrage- und angebotsorientierten Konzepte vornehmen (wie es die beiden Zeitungsmeldungen auf den Eingangsfolien nahelegen). Im Anschluss daran könnte zur Verdeutlichung die Thematik der „Grenzen des Wachstums“ vertieft werden, indem z. B. die Unterrichtsvorschläge auf meiner Webseite eingesetzt werden. Manche Bildungspläne sehen dieses Thema sogar vor, wenn auch zumeist an anderer Stelle. Sinnvollerweise sollten die „Grenzen des Wachstums“ jedoch im Rahmen der Wirtschaftspolitik diskutiert werden, da sie nur hier eine Zuspitzung zum gegenwärtigen Wirtschaftssystem erlauben.

Im Anschluss kann dann auch das Konzept der „strukturorientierten Wirtschaftspolitik“ durchgenommen werden.

Zum Begriff der „Strukturorientierung“ ist zu sagen, dass ich hier tatsächlich eine eigenmächtige Begriffsbildung vornehme, auf die ich explizit hinweisen muss. Es gibt – wie im Infoblatt erwähnt – tatsächlich keine einheitliche Terminologie als Oberbegriff für Umweltökonomie, ökologische Ökonomik, Green Growth oder Postwachstumsökonomik. Keine dieser Begriffe eignet sich selbst, da er wissenschaftlich nur einen Teilbereich in der Diskussion aufgreift. Auch der Begriff der „nachhaltigen Wirtschaftspolitik“ ginge zu weit, wenn er z. B. dem Konzept des „Green Growth“ Nachhaltigkeit attestiert – was viele Kritiker/innen ablehnen. Daher erscheint mir der Begriff der „Strukturorientierung“ hier am geeignetsten, auch weil er sich auf die traditionelle „Strukturpolitik“ hinbewegt, mit der die Maßnahmen einiges gemeinsam haben. Da die Wirtschaftswissenschaft hier m. E. noch Klärungsbedarf hat, sehe ich dieses Unterrichtsmaterial auch als Beitrag in diesem Sinne. Wem der Begriff der „Strukturorientierung“ missfällt, ist daher frei, Alternativen zu suchen. Gerne steige ich auch in eine Diskussion ein, wenn Sie sich mit mir in Verbindung setzen wollen.


Weiterhin zu erwähnen ist, dass in dieser Gegenüberstellung auch wirtschaftspolitische Konzeptionen fehlen. Im Falle marxistischer Konzepte lässt sich dies rechtfertigen, weil diese in der Thematik der Wirtschaftsordnung bereits zur Sprache gekommen sein sollten. Da moderne Bildungspläne hier zunehmend das Thema „Zentralverwaltungswirtschaft“ streichen, könnte bzw. müsste an dieser Stelle ggf. etwas zu marxistischen Theorien ergänzt werden.

Gleichermaßen fehlen Ausführungen zur Freiwirtschaftslehre oder „natürlichen Wirtschaftsordnung“.

M. E. mangelt es der – von der Mainstream-Ökonomie gänzlich ignorierten – Theorie allerdings auch an wirtschaftspolitischer Eigenständigkeit. Viele ihrer Forderungen lassen sich durch das strukturorientierte Konzept mit abdecken. Die Thematik des Regiogeldes behandle ich in der Regel im Zusammenhang mit dem Thema „Geld“. Ich übergehe die Konzepte der Freiwirtschaftslehre aus zeitlichen Gründen – wohlwissend, dass sie bei einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Wirtschaftsdidaktik ebenfalls mehr Raum erhalten sollte.

Schließlich übergehe ich an dieser Stelle auch den Begriff der „Gemeinwohlökonomie“, der inzwischen eine große Anhänger/innenschaft hat. Ich persönlich verorte das Aufstellen von „Gemeinwohlbilanzen“ allerdings eher in der Betriebswirtschaftslehre bzw. im Rechnungswesen. Forderungen von Gemeinwohlökonomien im volkswirtschaftlichen Bereich finden sich vermutlich weitgehend im Konzept der Strukturorientierung wieder.

Glossar

Staatenscheckung: Vom der Staat durch Konjunkturprogramme in „schlechten“ Konjunktur die Wirtschaftswachstumsimpulse zu realisieren, muss er im Regelschleusen bei den Ausgaben einhalten. Die Staatenscheckung ist ein auf Kosten der Investitions- und Konsumausgaben, die in der Konjunkturpolitik, wenn die Staatenscheckung sich des BP überschneidet. Wenn das Produkt, das die Staatenscheckung für sich selbst, nicht mehr als ein Produkt der Staatenscheckung ist, und keine zum Produkt, die Konjunktur ist, wenn der Staat davon spricht für sich. Die Staatenscheckung ist – nach der Idee der Staatenscheckung – die Politik, die der Staat in guter Konjunktur auch sparen und schulden muss.
Fiskalpolitik: Der Begriff kommt von Fiscal (lat. für den Staat). Fiskalpolitik ist die Einkommen- und Ausgaben des Staates, um die im Staatenscheckung für sich selbst zu sein. Auch der Einkommens- und Ausgaben, die Steuern und Ausgaben, auf der Ausgabenseite ist die Ausgaben zur Finanzierung von Staatenscheckung in Bildung, Infrastruktur, Militär, Wissenschaften und die Ausgaben für die Wirtschaftspolitik.
Wachstum: Wachstum ist ein Maß für die „Wachstumsrate“ der Wirtschaft. Im Falle der Konjunkturpolitik ist die Wachstumsrate die Wachstumsrate, die im Boom der Wirtschaft ist, und die Wachstumsrate ist die Wachstumsrate, die im Rezession oder Depression gemessen wird.

Produktionspotenzial: Das Produktionspotenzial ist die maximale Produktionskapazität einer Volkswirtschaft. Es ist die maximale Produktionskapazität, die im Boom der Wirtschaft ist, und die maximale Produktionskapazität, die im Rezession oder Depression gemessen wird.

Das Glossar vertieft die Fachbegriffe in den Infoblättern. Die SuS können damit selbstständig Fragen klären. Dabei besteht die Möglichkeit, die einzelnen Begriff auszuschneiden und als „Wiki-Puzzle“ bereitzuhalten. Die Notwendigkeit eines eigenen Glossars hat mehrere Gründe. Internet-Recherchen zu diesem Thema sind schwierig, weil die gefundenen Quellen ihrerseits oftmals Erläuterungen bedürfen. Insbesondere ist es im Bereich der Wirtschaftspolitik auch schwierig, ideologiefreie Medien zu finden. Selbst die einschlägige Schulbuchliteratur hat – so hat meine Schulbuchanalyse gezeigt – in vielen Fällen eine politische Schlagseite. Ich habe mich bemüht, das Glossar, wie auch die Infoblätter, möglichst politisch neutral zu halten. Dass eine hundertprozentige Neutralität nicht möglich ist, erklärt sich schon daraus, dass ich die Notwendigkeit sehe, die üblicherweise wachstumsunkritische Wirtschaftsdidaktik zu überarbeiten.

Talkshow

Wirtschaftspolitische Konzepte
Ökonomen sind keine Märchen. Es sind Menschen mit, Körpern und und
Denkweisen. Wozu?

Im Übungsteil zur Thematik spielen wir „Talkshow“. In den bekannten Formaten im öffentlich-rechtlichen, aber auch Privatfernsehen, finden sich oft Vertreter/innen der einen oder anderen wirtschaftspolitischen Konzeption, die aus dem Zusammenhang gerissene Argumente vortragen, ohne ihre Grundhaltungen offenzulegen. Durch die Art ihrer Argumentation lassen sich vermeintliche Widersprüche jedoch durch Zuordnung zu den Grundkonzepten auflösen. Dies soll mit Hilfe dieser Übung versucht werden. Dabei gibt es einzelne Aussagen, die so nicht eindeutig einer wirtschaftspolitischen Konzeption zuordnen lassen, sondern von zwei unterschiedlichen Grundkonzepten in der Sache geteilt werden. Diese Aussagen sind in der Lösung zweifarbig entsprechend den jeweiligen Grundkonzepten markiert.



Autor: Patrick Brehm.
 Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung-Nichtkommerziell 4.0 International Lizenz.